

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umweltausschuß**

27. Sitzung  
am Mittwoch, dem 4. März 1998, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Ingrid Franzen (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung :</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Regulierung des Kormoranbestands</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/636	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnatur- schutzgesetzes</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1132	
<b>3. Bericht zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schles- wig-Holstein und Perspektive einer künftigen Tourismu- sentwicklung</b>	<b>8</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/965	
<b>4. Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/716	
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/971	
<b>5. Trilateraler Wattenmeerplan</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1096	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1102	

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1104

**6. Verschiedenes**

**12**

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Behandlung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung einer nachhaltigen ökologischen Waldentwicklung in Schleswig-Holstein wird für eine spätere Sitzung zurückgestellt; im übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Regulierung des Kormoranbestands**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/636

hierzu: Umdruck 14/1048

(überwiesen am 25. April 1997 an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß)

Zum derzeitigen Stand der Erarbeitung eines Regelungskonzepts trägt M Steenblock vor, daß als erster wesentlicher Schritt Einvernehmen zwischen Umweltministerium und Agrarministerium erzielt worden sei; der bisher erzielte Kompromiß, dessen Eckpunkte inzwischen geändert worden seien, stoße sowohl auf seiten des Naturschutzes als auch auf seiten der Fischer nach wie vor auf Kritik. Bis zum 10. März hätten die Verbände die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen zu dem Kompromißvorschlag, der nach seiner Meinung einen vernünftigen Mittelweg darstelle, abzugeben.

Abg. Todsen bedauert, daß trotz der verhältnismäßig langen Dauer der Verhandlungen nur ein Ergebnis erreicht worden sei, mit dem die Fischer nach ihren Informationen nicht gut leben könnten. Alle bisherigen Signale ließen den Kompromiß zum großen Teil nur als Makulatur erscheinen.

Demgegenüber hält es Abg. Dr. Happach-Kasan für unangebracht, angesichts der intensiven Bemühungen aller Beteiligten den Kompromißvorschlag als Makulatur zu bezeichnen.

Im einzelnen erklärt sie angesichts der derzeitigen Beratungsstandes, daß die F.D.P.-Fraktion den Punkt 3 des Antrags Drucksache 14/636 zurückziehe; dieser Punkt habe sich durch die auf EU-Ebene inzwischen eingetretenen Änderungen erledigt.

Ihre Forderung unter Punkt 2 des Antrages sei ebenfalls durch die von M Steenblock bereits früher vorgetragenen überregionalen Bestrebungen in ihrem Sinne erledigt.

Dem Punkt 1 des Antrages schließlich trage das zur Diskussion stehende Kompromißkonzept Rechnung, so daß aus ihrer Sicht auch dieser Abschnitt als erledigt betrachtet werden könne.

Nach weiterer kurzer Aussprache beschließt der Ausschuß einstimmig die Empfehlung an den Landtag, die Punkte 1 und 2 des Antrag der Fraktion der F.D.P. als erledigt anzusehen und die Erklärung, daß Punkt 3 des Antrags zurückgezogen worden ist, entgegenzunehmen. Im übrigen nimmt der Ausschuß mit den Stimmen der Vertreter von SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung von Vertretern der CDU-Fraktion den Kompromißvorschlag der beteiligten Ministerien zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1132

(überwiesen am 10. Dezember 1997)

(Verfahrensfragen)

Auf Anregung der Abg. Dr. Happach-Kasan einigt sich der Ausschuß darauf, über die für den 27. Mai 1998 vorgesehene Besichtigung von Bootsstegen im Kreis Plön hinaus eine mündliche Anhörung zu den Änderungsvorschlägen des Gesetzentwurfs durchzuführen.

Als Termin für die Anhörung legt der Ausschuß Mittwoch, den 3. Juni 1998, 14:00 Uhr, fest. Den Kreis der Anzuhörenden werden die Sprecher der Fraktionen im Rahmen der Plenartagung des Landtages im März 1998 festlegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein  
und Perspektive einer künftigen Tourismusedwicklung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/965

(überwiesen am 25. September 1997 an den Agrarausschuß, den Wirtschaftsausschuß, den Umweltausschuß und den Sozialausschuß)

Der Ausschuß geht einhellig davon aus, daß die Thematik des Berichts der Landesregierung auch noch mit den Naturschutzverbänden und den Verbänden der Verkehrswirtschaft erörtert werden sollte. Er legt deshalb dem federführenden Agrarausschuß nahe, zu dem Bericht eine Anhörung durchzuführen und dazu auch die Mitglieder des beteiligten Umweltausschusses einzuladen.

Mit diesem Votum sieht der Umweltausschuß die Beratung als abgeschlossen an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/716

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 14/971

(überwiesen am 26. September 1997 an den Umweltausschuß zur abschließenden Beratung)

Den kritischen Anmerkungen der Abg. Dr. Happach-Kasan und Abg. Strauß, daß die Antworten auf die Große Anfrage - bis auf den Komplex der MVA - nur relativ unvollständig und nicht sorgfältig recherchiert seien, hält Abg. Jacobs entgegen, daß dem Parlament in der letzten Zeit eine Fülle von Material zur Abfallwirtschaft - die Abfallbilanz 1994/1995, der kommunale Gebührenvergleich vom Dezember 1996, das Abfallwirtschaftsprogramm, der Abfallwirtschaftsplan und der Gesetzentwurf des Landesabfallwirtschaftsgesetzes - zugegangen sei, so daß das Parlament über eine umfassende Datengrundlage verfüge. Zudem hätten sich nach seiner Kenntnis auch Kreise abgesprochen, Informationen nicht weiterzugeben.

Abg. Dr. Happach-Kasan bestätigt, daß auch ihr solche Absprachen bekannt seien. Auf der anderen Seite sei ihr aber auch zu Ohren gekommen, daß es sich nicht lohne, für Oppositionsabgeordnete entsprechende Daten zur Verfügung zu stellen.

Zu kritisieren sei aus ihrer Sicht aber auch die Bewertung in der Antwort der Landesregierung, was als thermische Verwertung anzusehen sei.

M Steenblock weist den Vorwurf, die Informationsrechte von Oppositionsabgeordneten würden nicht hinreichend ernst genommen, zurück. Die Mitarbeiter des Ministeriums hätten sich mit der Beantwortung genauso viel Mühe gegeben wie bei anderen Anfragen auch. Allerdings habe Material aus dem kommunalen Bereich, das dem Ministerium nicht übermittelt worden sei, auch nicht verarbeitet werden können. Hierin zeige

sich auch die derzeitige Schwierigkeit in der Kooperation zwischen Land und Kreisen. Das Ministerium habe selbst ein Interesse daran, seine weiteren Planungen - Programm und Gesetze - auf einer vernünftigen Datengrundlage zu realisieren.

Der Ausschuß sieht die Behandlung der Antwort der Landesregierung damit als abgeschlossen an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Trilateraler Wattenmeerplan**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1096

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1102

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1104

(überwiesen am 7. November 1997)

Der Ausschuß geht davon aus, daß ihm bis Ende März 1998 die deutschen Übersetzungen des Trilateralen Wattenmeerplans wie auch der Stader Erklärung, die derzeit noch im Bundesumweltministerium angefertigt werden, zugehen werden.

Unabhängig davon einigt sich der Ausschuß darauf, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Fraktionen - einschließlich des SSW - einzusetzen, die eine gemeinsame Beschlußvorlage zu den drei vorliegenden Anträgen formulieren wird.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Anregung der Abg. Strauß erbittet der Ausschuß einen Bericht des Umweltministeriums über die Genehmigung von Medikamentenablagerungen auf der Deponie Alt-Duvenstedt.

Ein von Abg. Dr. Happach-Kasan erbetener schriftlicher Bericht über die Verbreitung der sogenannten „Armleuchteralgen“ und ihre Aufführung in Roten Listen soll allen Mitgliedern des Ausschusses übermittelt werden.

Auf eine Frage der Abg. Todsens zu Pressemeldungen, nach denen Unterlagen über die A 20 an Gegner dieses Projekts weitergegeben worden sein sollen, verweist M Steenblock auf seine Stellungnahme dazu, daß das Ministerium keinerlei Unterlagen herausgegeben habe. Die Aussagen in dem veröffentlichten Brief des Geschäftsführers der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beruhten auf emotionaler Erregung und träfen nicht zu.

Die nächste Sitzung wird am Mittwoch, dem 18. März 1998, 14:00 Uhr stattfinden.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 14:55 Uhr.

gez. Tengler  
Vorsitzende

gez. Burdinski  
Geschäfts- und Protokollführer